



## Leserbrief

# „Leben in Angst und Schrecken“

Zur Abschiebung von Jamshid Heydari (HT vom 27. und 28. Januar):

**Der afghanische Flüchtling** Jamshid Heydari wurde vergangene Woche von der Polizei aus seiner Unterkunft abgeholt, in ein Flugzeug gesteckt und nach Kabul abgeschoben. Er floh vor mehr als fünf Jahren aus dem Iran nach Deutschland und lebte zuerst in Blaufelden und dann in Grönningen. In Afghanistan war er seit 15 Jahren nicht mehr und hat dort weder Freunde noch Verwandte. Darin sieht das Flüchtlingshilfswerk UNHCR klar ein Abschiebehindernis. In dem Land, in das ein abgelehnter Flüchtling abgeschoben wird, muss er Zugang zu einem traditionellen Unterstützungsnetzwerk durch Mitglieder seiner Familie oder ethnischen Gruppe haben, und man muss davon ausgehen können, dass diese willens und in der Lage sind, Hilfe zu leisten. Das wurde von den Behörden entweder nicht geprüft, oder es war ihnen so gleichgültig wie die Tatsache, dass UNHCR regelmäßig auf die sich ständig verschlechternde Sicherheitslage in Afghanistan hinweist und auch das Auswärtige Amt unverändert Reisewarnungen ausspricht.

Was findet Heydari vor? Keine Wohnung, keine Arbeit, kein Geld, niemanden, an den er sich wenden kann, dafür Angst vor den Taliban, vor dem IS, Angst um sein Leben – das ist das, was ihm die neuerliche Abschiebep Praxis beschert hat. Es fällt schwer, hier nicht den schäbigen Start in den Bundestagswahlkampf zu sehen, bei dem Innenminister Strobl zeigen will, wie er auf die Kritik aus der rechten Ecke – auch seiner eigenen Partei – an der Flüchtlingspolitik von Kanzlerin Merkel reagieren will. Zu diesem Bild passt auch, dass seit geraumer Zeit in Baden-Württemberg vermehrt Flüchtlinge nur noch subsidiären Schutz, also keine Anerkennung als Flüchtling mehr bekommen und der Anteil der Ablehnungen steigt.

Nicht nur Organisationen wie der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg sehen dies so, auch viele Aktive von Asylfreundeskreisen. Sie fordern vom Landtag, dass er die desolate Sicherheitslage in Afghanistan anerkennt und darauf drängt, dass die Regierung in Stuttgart Abschiebungen dorthin ablehnt, wie dies andere Landesregierungen tun. Heydari hilft das nicht mehr, aber es würde den vielen afghanischen Flüchtlingen helfen, die jetzt erneut in Angst und Schrecken leben.

*Bernard Cantré,*

*Freundeskreis Asyl Kirchberg*